Der Ortsverein/Unterbezirk/Bezirk möge beschließen:

Adressat: Parteivorstand

# Gemeinsam für den Frieden

#### Friedensförderung

Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene wird an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet. Wir sprechen uns damit für einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem vorrangorientierten sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen zivilen und auf die Verwirklichung der UN-Entwicklungsziele orientierten Ansatz aus.

Eine sozialdemokratische Regierung wird daher – unter breiter Beteiligung – ein entsprechendes Konzept erarbeiten und jährlich einen Bericht über ihre internationale Politik der Friedensförderung vorlegen, ähnlich wie bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Zur Friedensförderung gehören für uns faire Handelbeziehungen.

#### Zivile Konfliktlösung

Wir wollen einen Ausbau des zivilen Friedensdienstes und die deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel für die Programme zur zivilen Krisenlösung durch die Bundesregierung. Es bedarf besserer finanzieller und personeller Unterstützung von zivilen Missionen der OSZE und der EU, die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten der Östlichen Partnerschaft einschließlich Russlands, Friedensmediation durch entsprechende Expert\*innen und die Unterstützung von Organisationen, die in Konfliktgebieten Zivilist\*innen durch unbewaffnete Begleitprogramme vor Angriffen schützen.

Auch auf EU-Ebene ist es nötig, mehr Ressourcen und Kapazitäten für zivile Konfliktbearbeitung zu schaffen. Da die Glaubwürdigkeit von Friedensfachkräften und Mediator\*innen größer ist, wenn in ihrem Herkunftsland Konflikte konstruktiv und gewaltfrei bewältigt werden, ist eine Förderung entsprechender zivilgesellschaftlicher Initiativen im Rahmen eines Demokratiefördergesetzes auch ein wichtiger Beitrag zur Friedenspolitik.

#### Diplomatie statt Militarisierung

Die unter dem Druck von NATO und vom Präsidenten der USA in dieser Legislaturperiode beschlossene Erhöhung des Militärhaushaltes muss rückgängig gemacht werden.

Ganz grundsätzlich sind wir sicher, dass durch diese Auflösung von transatlantischen Abhängigkeiten und die Entwicklung europäischer Vertragssysteme nach außen Europas eigenständige Rolle in der Welt gestärkt werden würde.

Wir lehnen die Bestrebungen ab, die EU als militärischen Machtblock zu entwickeln. Auf europäischer Ebene wollen wir auch in einen direkten Gesprächskontakt mit Russland treten.

Das Nuklearabkommen mit dem Iran ist durch den einseitigen Rückzug der USA aus den darin vereinbarten Sanktionserleichterungen stark gefährdet. Es bedarf dringend diplomatischer Bemühungen um eine nukleare Aufrüstung im Mittleren Osten zu verhindern. Die Militärinterventionen der letzten Jahre insbesondere in dieser Region sind kontraproduktiv gewesen. Auslandseinsätze der Bundeswehr und der NATO darf es höchstens anlassbezogen und mit UN-Mandat geben.

#### Migration, Flucht, Asyl

Wir fordern eine menschenrechtsfundierte Flüchtlings- und Migrationspolitik, die sich zu Solidarität, Integration, Inklusion und Partizipation bekennt und die dem humanitären Grundsatz verpflichtet ist. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und dessen vollumfänglicher Anwendung. Es müssen ungehinderter Zugang zur Antragsstellung und wirksamer Rechtsschutz für Geflüchtete gewährleistet sein. Familienzusammenführungen müssen sichergestellt werden. Wir befürworten die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen statt der Errichtung großer Lager. Im Falle der Ablehnung eines Asylantrages lehnen wir die Abschiebung fliehender Menschen in Staaten, wo ihnen Gefahr an Leib und Leben droht, ab. Einwanderungsrecht darf sich nicht allein an wirtschaftlichen Interessen orientieren. Wir wollen durch humanitäre Visa legale und sichere Flucht- und Zugangswege schaffen.

Wir wollen als kurzfristige Maßnahme den Bundesländern bzw. den Kommunen die individuelle Aufnahme von Geflüchteten ermöglichen.

Auf europäischer Ebene muss endlich ein echtes gemeinsames Asylsystem geschaffen werden.

Wir wollen, dass die Dublin-Verordnung überarbeitet wird und das Prinzip des Ersteinreiselandes und der sicheren Herkunfts- und Drittstaaten fällt. Die Kriminalisierung von NGOs, insbesondere der Seenotrettungsorganisationen ist nicht hinnehmbar und muss beendet werden. Stattdessen muss endlich ein ziviles EU-Seenotrettungsprogramm geschaffen werden. Migrationsdeals zulasten der Flüchtlinge an der Außengrenze Europas lehnen wir ab.

Verstärkte Entwicklungspolitik ist der beste Weg zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Es braucht fairen Handel, den Abbau globaler Ungleichheit und die Beschränkung von Waffenexporten.

#### Entwicklungspolitik

Die Sustainable Development Goals, die 17 Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, müssen wieder unsere Grundlage der Entwicklungspolitik sein und konkret ausgestaltet werden. Die von der jetzigen Bundesregierung auch über das Auswärtige Amt praktizierte Politik u.a. mit dem Schwerpunkt Krisenintervention entspricht dem nicht und die Ausrichtung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die Bewahrung deutscher Interessen in der Migrationspolitik lehnen wir ab.

Soziale Sicherheit, funktionsfähige Gesundheitssysteme und ein verlässlicher Zugang zu lebensnotwendigen Gütern wie Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser müssen in der Entwicklungszusammenarbeit ganz im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele weltweit angestrebt werden. Es bedarf des Aufbaus von Infrastruktur durch die Stärkung der Zivilgesellschaft. Kompetenzen und Wissen lokaler und regionaler Gemeinschaften müssen ernst genommen werden.

Wir wollen deshalb neben der Klima- und Umweltverträglichkeitsprüfung auch eine Konfliktverträglichkeitsprüfung und ein Lieferkettengesetz einführen.

Wir wollen UN-Organisationen durch bessere finanzielle Beteiligung in die Lage versetzen, ihren Aufgaben angemessen nachzukommen. Durch Wertschöpfung vor Ort soll qualitatives Wachstum unter Einbeziehung fairer und damit gerechter Preisgestaltung beim Rohstoffabbau und dem Handel mit Rohstoffen besonders auch im Bereich der Nahrungs- und Genussmittel ermöglicht werden.

#### Abrüstung

Massenvernichtungswaffen und autonome Waffensysteme sind zu ächten und zu verbieten.

Wir lehnen daher auch die weitere Entwicklung, Beschaffung und Anwendung bewaffneter und bewaffnungsfähiger Drohnen für Deutschland und die Bundeswehr kategorisch ab.

Wir fordern von der zukünftigen Bundesregierung weitere Initiativen zur internationalen Ächtung der Letalen Autonomen Waffensysteme (LAWS) mit dem Ziel eines internationalen, völkerrechtlichen Verbots sowie die Ausarbeitung und den Beschluss einer nationalen Doktrin zu LAWS, die das Erfordernis menschlicher Verfügungsgewalt festschreibt.

Wir werden alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, die direkte und indirekte Nutzung der US-Stützpunkte in Deutschland, insbesondere dem in Ramstein, für völkerrechtswidrige Drohneneinsätze der USA zu beenden.

Wir unterstützen die internationale Gerichtsbarkeit von Internationalem Gerichtshof und Strafgerichtshof und wollen niemanden davon ausnehmen.

Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa könnten den Abzug der aktuell vorhandenen Atomwaffen aus Büchel absichern. Die US-amerikanischen Atomwaffen sollen aus Deutschland abgezogen werden. Die Stationierung neuer Trägersysteme für US-Nuklearwaffen in Europa ist in jedem Fall abzulehnen.

Wir wollen, dass Deutschland möglichst schnell den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.

Wir wollen auf europäischer Ebene, die Rüstungsausgaben um 10 Prozent senken. Unser Ziel ist es, die Ausgaben der Verteidigungshaushalte auf 1 Prozent zu reduzieren.

#### Rüstungsexporte

In den letzten Jahren sind die deutschen Waffenexporte deutlich angestiegen. Dies muss umgekehrt werden – für Großwaffen wie Kleinwaffen.

Wir lehnen es ab, dass Waffenexporte, die in Länder außerhalb der NATO und der EU gehen, im Interesse der beteiligten Rüstungsunternehmen geheim gehalten werden. Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen wir ab. Es ist eine Liste der Länder zu erstellen, in die Deutschland keine Waffen liefert. Generell hat der Deutsche Bundestag über alle Waffenexporte zu entscheiden. Mittel- und langfristig ist ein genereller Stopp von Waffenexporten unser Ziel.

#### Fairer Welthandel

Wir sprechen uns für ein stärkeres Engagement der Bundesrepublik in den internationalen und suprainternationalen Institutionen aus, die die soziale Gerechtigkeit in der Welt fördern.

Im Sinne eines fairen Welthandels ist zudem der Außenhandelsbilanzüberschuss Deutschlands durch staatliche Investitionen und Lohnerhöhungen abzubauen.

**Begründung**

Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden und ist stolz auf die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Diese Politik muss wieder konsequent verfolgt werden. Wir müssen wieder deutlich machen, dass Frieden mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Sozialdemokratische Außenpolitik muss die Friedensidee wieder umfassend und thematisch breit fördern. Die verschiedenen globalen und regionalen Krisen der letzten Jahre machen überdeutlich, dass wir uns wieder an unseren ursprünglichen Leitbildern orientieren müssen. Die Vereinten Nationen haben sich bereits 2015 (sog. Agenda 2030) erstmals auf Ziele verständigt, die alle Mitglieder, jeweils bei sich und untereinander, bis Ende dieses Jahrzehnts gemeinsam erreichen sollen, damit unsere Welt eine lebenswerte Zukunft hat.

Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit und dem Willen zu einem Weltfrieden aufgebaut werden.